

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortlicher Hr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Verantwortlicher Hr. 926.]

Der Lübecker Volksbote erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218.

Mittwoch, den 19. September 1906.

13. Jahrg.

Organ des Volks.

Historische Erinnerungen zu der Frage: Partei und Gewerkschaft.

I.

Was die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der englischen scharf unterscheidet, ist der Umstand, daß letztere, völlig unabhängig von politischen Parteien, aus dem wirtschaftlichen Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital hervorgegangen ist, und zwar zu einer Zeit, als es noch keine Sozialdemokratie gab. Anders die deutsche. Ihre Entstehung fällt zusammen mit der ersten Entwicklung einer neuen politischen Partei, der Arbeiterpartei. Bis dahin, daß Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schuf (1863), gab es in Deutschland eine eigentliche Arbeiterbewegung nicht. Das Revolutionsjahr 1848 hatte nur sporadische Ansätze dazu gebracht, die um so belangloser waren, als ein Koalitionsrecht, das den englischen Arbeitern bereits 1824 nach langen und schweren Kämpfen gesetzlich zuerkannt worden war, für die deutschen Arbeiter nicht existierte. Die Vereine kleiner Gruppen von Handwerkerzünften wurden durch Bundesratsbeschlüsse auf Grund der Annahme, daß sie kommunikativen oder sozialistischen Bestrebungen dienen, unterdrückt. Erst als sich im Verlaufe der fünfziger Jahre der Fabrikalismus erheblich entwickelt hatte und die Bourgeoisie, getrieben von ihren wirtschaftlichen Interessen, zu größerer politischer Reife sich aufschloß, begann die Arbeiter, in die deutschen Arbeiterklassen verflochten war, langsam zu wachen. Auch in ihr erwachte das Bedürfnis gemeinsamen Wirkens für ihre Interessen. Aber nicht ohne weiteres gelangte sie zu selbständigem Wirken. Noch stand sie unter der politischen Vormundschaft der überaus Bourgeoisie, die eifrig bemüht war, jede selbständige politische Betätigung der Arbeiter, insbesondere ihre selbständige Organisation, zu verhindern. Die Tenberg der von der Bourgeoisie gegülleten, privilegierten und unter der Leitung der mehrheitlich beeinflussten Arbeitervereine war, es zu gewerkschaftlichen Bildungen nach dem Muster der englischen nicht kommen zu lassen.

Zu Anfang der sechziger Jahre erhoben sich gegen dieses Bevormundungssystem sozialistische Elemente im Leipziger Arbeiterverein, die selbständige politische Betätigung der Arbeiterklasse propagierten. Diese Propaganda führte zur Spaltung des Vereins. Die Anhänger der fortschrittlichen Richtung bildeten einen neuen Verein und dieser legte im Jahre 1862 das Kommando zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses ein, das dann mit Lassalle in Verbindung trat, um dessen Ansicht „über die Arbeiterbewegung und die Mittel, deren sie sich zu bedienen hat, um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse in politischer, materieller und geistiger Beziehung zu erreichen“, in Erfahrung zu bringen. Lassalle empfand diesen Wunsch in seinem bekannnten „Offenen Antwortschreiben“ vom 1. März 1863. In dieser Schrift ist von der Bildung gewerkschaftlicher Organisationen keine Rede. Es kam Lassalle darauf an, eine selbständige vom Einfluß der Bourgeoisie völlig losgelöste Arbeiterpartei zu schaffen zum Zwecke der Erzielung der allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aus dem später die sozialdemokratische Partei sich entwickelte, begann die Loslösung der deutschen Arbeiter von der Vormundschaft der Bourgeoisie. Aber zugleich entwickelte sich das kapitalistische Wirtschaftssystem. Diese Entwicklung brachte es mit sich, daß trotz der bestehenden Koalitionsverbote Arbeitseinstellungen ausbrachen. Zunächst im Jahre 1864 eine derselben in der Sauersteinischen Wagenfabrik in Hamburg, an der 800 Arbeiter beteiligt waren, erwähnte Lassalle in seiner unter dem Titel „Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ bekannten Broschüre. (3. Juli 1864.) Er bezeichnete diesen Streik, durch den die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit erlangten, als einen „Erfolg des unter den Arbeitern durch die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angefaßten Klassenbewußtseins“. Zu derselben Zeit hatten etwa 800 in dem Berliner Buchdruckerzunftverein vereinigte Arbeiter des Buchdruckergewerbes eine Petition an das preussische Abgeordnetenhaus um Gewährung des Koalitionsrechtes gerichtet. Auch auf diese Petition nahm Lassalle in seiner vorerwähnten Rede Bezug. Er sagte den Arbeitern: „Ich habe Euch niemals verhehlt, daß dieses Recht nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeiterkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Aber trotzdem ist diese Forderung einmal eine juristisch ganz be-

rechtigte, und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne der Agitation, weshalb ich es auch für meine Pflicht halte, dieselbe mit allem mir in den Arbeiterkreisen zu Gebote stehenden Einfluß zu unterstützen.“

In demselben Sinne hatte Lassalle bereits in seinem „Wassil Schulte“ sich geäußert. Daß er dem Koalitionsrecht nur eine geringe und nebensächliche prinzipielle und praktische Bedeutung beimesse und deshalb von der Koalition selbst nichts wissen wollte, war ein schwerer Fehler. Er erklärt sich aus Lassalles politischer Taktik, die er in dem Satz zusammenfaßt: „Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt, auf den wichtigsten Punkt, zu konzentrieren und nicht nach rechts noch nach links zu sehen.“ Der wichtigste Punkt aber war ihm das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als das Mittel, den Staat zur Intervention zu Gunsten der Arbeiterklasse zu zwingen. Er befürchtete vom praktischen Gebrauch des Koalitionsrechtes, von der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation eine „Ablenkung“ der Arbeiter von dem Ziele, das er ihnen gesetzt hatte.

Dieser Fehler in der Auffassung und in der Taktik Lassalles hatte auf Jahre hinaus recht bedenkliche Wirkungen. Die von ihm geschaffene politische Organisation, der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“, wies intelligente Elemente auf, die sich der Ueberzeugung nicht verschließen konnten, daß zu dieser politischen Organisation die gewerkschaftliche hinzukommen müsse, um die Arbeiter in der Stadt zu sehen, ihre zunächst liegenden Interessen dem Kapitalismus gegenüber zu wahren. So wurden denn in einer Reihe deutscher Städte lokale Fachorganisationen gegründet. Außerdem entstand alsbald der erste über ganz Deutschland erstreckende Verband, der „Allgemeine Deutsche Zigarren- und Tabakarbeiterverband“. Ein hervorragendes Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Friedrich, der ihn ins Leben und seine Mitglieder gehörte durch jener politischen Organisation an. Daraus erklärt sich die die Tendenz dieses Vereines angeprägt sozialistisch war. Er wuchs in jener Zeit entstandener Verband, der der Buchbinder, legte hingegen entscheidendes Gewicht darauf, sich strengstens politischer Neutralität zu behaupten.

Als nach dem Sturz von 1866 der Jubilaritätsaus einem neuen erheblichen Aufschwung nahm, die Gegenstände zwischen Kapital und Arbeit veränderte, der No. deutsche Bund gegründet war und die Aufhebung der Koalitionsverbote für das Gebiet des Bundes in sicherer Aussicht stand, gewann die Frage der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation naturgemäß an praktischer Bedeutung. Von großem Einfluß auf die Entwicklung dieser Frage in theoretischer und praktischer Hinsicht war die Propaganda der im Jahre 1864 unter maßgebender Mitwirkung von Karl Marx und Friedrich Engels gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation. Sie suchte ihren Zweck, es zu einer Verständigung der Arbeiter aller Nationen zu bringen, wesentlich durch die Gründung von Gewerkschaften zu erreichen. Die von Karl Marx entworfene „Inauguraladresse“ weist auf die großen Erfolge der „assozierten Arbeit“, der kooperativen Bewegung in England hin. In dem Genfer Kongreß (1868) jenseitigen Statuten der Assoziation wurde die demütigste Erklärung abgegeben, daß die bloßwirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapitalismus die Grundlage aller Rechtlosigkeit und allen sozialen Übels sei, und daß deshalb die bloßwirtschaftliche Emanzipation der arbeitenden Klasse das große Ziel ist, welchem sich jede politische Bewegung als ein bloßes Hilfsmittel unterordnen solle. Weiter sagte der Kongreß den Beschluß: „Die Erhaltung und Förderung von Gewerkschaften muß und soll daher die Hauptaufgabe des Arbeiterstandes für die Gegenwart und nächste Zukunft bleiben. Abgesehen davon, daß sie den Uebergriffen des Kapitals entgegenwirken, müssen sie lernen, Bewerkschaften als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel lossteuert, unterstützen und sich selbst als die handhabenden Kämpfer und Vertreter der ganzen Klasse betrachten.“

Der Kongreß der Internationalen zu Basel (1869) beschloß, daß die Bildung von Gewerkschaften energisch angezogen werden solle; die verschiedenen Gewerkschaften sollen sich zu nationalen Verbänden einigen und gemeinschaftlich zu ergreifende Maßregeln beraten, um das heutige Lohnsystem zu befechtigen durch die genossenschaftliche Arbeit.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wilhelm II hat, wie das „Wiesbadener Tageblatt“ befragt, vor Jahren „Erhebungen“ über einflussreiche Re-

dalteure und über die Presse anstellen lassen. — Die unabhängige und von Charakterfesten Redakteuren geleitete Presse schert sich den Tadel darum, was ein Monarch oder sonst eine hochgestellte Persönlichkeit über sie denkt. Anders ist es dagegen mit der sog. „gutgesinnten“ Presse. Diese rüht vor hohen Personen auf dem Bauche und langt nach deren Pfeife!

Die internationale diplomatische Arbeiterverschutzkonferenz ist gestern in Bern eröffnet.

Eine gescheiterte Hoffabale. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, einen Brief des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen veröffentlicht zu können, der auf die Art, wie am Hofe und den dem Hofe nachstehenden höchsten Kreisen politische Intrigen gesponnen werden, ein bezeichnendes Licht wirft. Der Brief ist an den Generalleutnant von Winterfeld, den Generaladjutanten des Kaisers, gerichtet und lautet:

„Blankenburg, den 9. Mai 1903.

Sw. Czjellenz

sind sehr beschäftigt und ich fügte die Unbescheidenheit meines Schrittes, Ihnen in diesen Tagen zu schreiben. Die Sache, die ich erwähnen möchte, ist aber doch von solcher Wichtigkeit, daß ich sie nicht verschleppen kann bis ich vielleicht die Ehre habe, Sie hier zu sehen und baldet auch keinen Aufschub. — Einen Entschluß, ob überhaupt und wie sie zu behandeln, will ich aber nicht fassen ohne Sw. Czjellenz davon in Kenntnis gesetzt zu haben und mir Ihren Rat erbeten zu haben. — Kammerherr v. Witzleben, Klosterprobst zu Krosleben, hat mich gestern, es zu übernehmen und dahin zu wirken, daß bei der Entzückung des Monumentes des Kaisers, meines Herrn Onkels in Götting — dem, wenn ich recht verstand, im Betriebe der Gratulation bei mir, die Standbilder Bismarck und Kollitsch zur Seite gestellt werden — der Fürst Bismarck eingeladen werden könne. Es sei der Versuch gemacht, die Erlaubnis zu erlangen den Fürsten zu laden, dieselbe abgelehnt worden, jedoch in einer Weise, daß der Zweifel blieb, ob dies von Seiner Majestät gewollt, oder nur von anderer Seite ausgehe. Witzleben meinte, eine publike Ausöhnung Se. Majestät mit dem Fürsten würde, nach Auflösung des Reichstags usw., von eminentem wohlthätigen Einfluß auf unsere inneren Verhältnisse sein müssen. Ich erwiderte, daß ich im Moment und offiziell ein „Nein“ seinem Ersuchen entgegenzusetzen müßte, daß ich mir aber die Sache doch manchmal überlegen wolle. — Selbst nun, von der Bedeutung eines solchen Schrittes — Begegnung von Kaiser und Fürst — durchdrungen, möchte ich doch den Gedanken nicht fallen lassen, um Heren Sw. Czjellenz vertraulich mitgeteilt zu haben. Im Herzen kann ich es nicht von der Hand weisen, was ich offiziell tun zu müssen glaubte, um keine unnützen Hoffnungen zu erwecken. — So teile ich dieser Gedanken von Witzleben Sw. Czjellenz mit für den Fall, Sie irgend Gebrauch von mir für dessen Ausführung glauben machen zu können, oder auch ohne mich, der ich verbleibe Sw. Czjellenz aufrichtig dankbar

Albrecht von Preußen.“

Es ist interessant, sich die damalige politische Situation zu vergegenwärtigen. Am 6. Mai 1903 hatte der Reichstag die Militärvorlage mit 260 gegen 210 Stimmen abgelehnt. Unmittelbar darauf war der Reichstag aufgelöst worden. Am 9. Mai hielt damals der Kaiser bei der Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Felde eine Ansprache an die Generale, in der er sagte:

„Eine Minorität patriotisch gesinnter Männer hat gegen die Majorität nichts zu erreichen vermocht; . . . ich mußte zur Auflösung schreiben und hoffe von einem neuen Reichstag die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Militärvorlage . . . überzeugt.“

Das Junkertum glaubt, in dieser Situation seinen Scharschützenweigen blühen zu sehen. Die Junker, von denen damals gerade die Lösung ausgehen war, daß man „schreien“ müsse, daß es bis in die Parlamentsäle und in die Ministerien „dringe“, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen“ werde, und die Befürchtungen hegten, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland zu Stande kommen könne, hofften offenbar von einer Ausöhnung Bismarcks mit dem Kaiser eine Wendung zu einer agrarischen und scharfmacherischen Politik. Man erwartete, daß bei der Bestimmung, die die Ablehnung der Militärvorlage durch den Reichstag beim Kaiser offenbar hinterlassen hatte, eine Rückkehr zur Bismarckschen Politik der Volkserhebung und der Hochschützerei nicht ausgeschlossen sei. Zu diesem Zwecke sollte versucht werden, den Einfluß des alten Junkers und Erbkönigs Bismarck auf die Krone nach Möglichkeit wieder herzustellen. Deshalb setzte sich Herr von Witz-

leben mit dem faulsten als realistisch bekannten Prinzen Albrecht in Verbindung, um eine Einleitung zu dem am 18. Mai in Gorki stattfindenden Denkmalsentwurf durchzuführen. Der Plan scheiterte, Bismarck wurde nicht gelassen. Erst im Jahre darauf erging eine Einladung des Kaisers an Bismarck zu einem Besuche am Hofe, die Bismarck dann auch annahm. Zu einer Ausübung, zu einer Wiederherstellung des Einflusses des Exaltierten kam es schließlich auch nicht. — Der Hof des Prinzen Albrecht von Preußen, dessen stiftliche Eigentümlichkeiten wie nach dem Original wiederzugeben haben, zeigt aber jedenfalls in nicht uninteressanter Weise wie Hofleben dargestellt werden.

Zwei „Opfer“. Der Geheimrat Bergmann von Bonn wird nach Beendigung seines Auftrags nicht wieder in die Kolonialverwaltung zurückberufen, sondern eine „andere wichtige dienstliche Verwendung“ finden. Oberst D. H. v. P. der Oberkommandant der Schutztruppe, hat seinen Abschied mit Pension und der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform erhalten. — Es sind also bis jetzt zwei Personen dem Kolonialdienst zum „Opfer“ gefallen. Der Handelsratspräsident und Oberkommandant der Schutztruppe dagegen, der unglücklich schwerem Besatz, bleibt nach wie vor auf seinem Posten. Wie sieht es in einem Kolonialistischen Staat aus? Oder nicht??

Der neue Kurs. Der Herr von der Nachfolger Hohenzollern, hat sämtliche Beamten des Kolonialamtes angewiesen, alle eingehenden Schriftstücke zu prüfen und ihnen jeden Morgen das Verzeichnis nebst den Schriftstücken vorzutragen. In einer Ansprache an die Beamten erklärte er, daß die Kolonialverwaltung reorganisiert werden solle. — Was werden wir's ab!

Die beständige bürgerliche Presse. Der Abgeordnete Erzberger erklärt in der „Rhein. Volksztg.“ bezüglich seiner Behauptung, zwei Berliner Blätter seien auf kolonialpolitischem Gebiet bestrafen worden, wenn man nicht abwarten könne, bis er selbst rede, solle man bei der Redigierung des Kongresses sich erlauben, welches von beiden Berliner Blättern langjährig Artikel gegen Bezahlung aufnehme. — Warum nennt Erzberger die Namen der beiden Berliner Blätter nicht??

Ein internationaler Friedenskongress ist Sonntagabend in Mailand seitens der Friedensvereine eröffnet worden. Wenn wir auch die guten Absichten der Friedensvereine nicht verkennen, so wollen wir doch nicht vergessen, daß ihre ganzen Veranlassungen und Bestrebungen innerhalb der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung weit und erfolglos sind. Was den Frieden unter den Völkern will, muß erst die Ursachen des Krieges, die im Kapitalismus begründet liegen, beseitigen, d. h. er muß sich der Sozialdemokratie anstellen.

Russland.

Der „mutige“ Nikolaus. Das Paarpaar hat seine Gehele unterbrochen und kehrt am heutigen Dienstag nach St. Petersburg zurück, um der Beerdigung Trepows, die am Mittwoch stattfindet, beizuwohnen. Dann begibt sich Nikolaus nebst Frau abermals nach den finnischen Schären, und zwar ist ein Aufenthalt von 6 bis 7 Tagen vorgesehen. — Hiernach erweckt es in der Tat den Anschein, als ob es sich nicht um eine Flucht Nikolaus handelt. Bismarck muß man annehmen, daß die Hofmaitresse ihn abgeköpft hat, um desto ungezügelter ihr schmutziges Handwerk auszuüben. Im Übrigen geht Nikolaus im Oktober nach Darmstadt; damit er dort nun auch über die nötigen Moneten verfügt, sind nach dem „S. G. A.“ auf der Diskontobank in Darmstadt zwei Millionen Mark zur Auszahlung an den Zaren angewiesen worden. Davon kann er schon „Kassensgemäß“ leben.

Neues Attentat. Das Mitglied des Reichsgerichts Generalmajor Doroschewsky wurde in einem Wagen durch Revolvergeschosse verwundet. Der Täter ist entkommen.

Ueber die Todesursachen Trepows liegen jetzt drei Meinungen vor. Nach einer Version ist ein Schlaganfall, hervorgerufen durch sog. „Brustangst“, nach einer anderen ein Blausäure und nach einer letzten Version Vergiftung die Ursache. Das Letztere scheint das Wahrscheinliche zu sein und zwar wird gesagt, daß die Deneckschaft ihm das Gift gereicht hat. Der Koch und der Kammerdiener sollen bereits verhaftet sein.

Beschlagnahmte Waffen. Am Freitag traf in Helsingfors aus Bjerneborg ein Dampfer ein, der 500 Gewehre des schweizerischen Systems mit sich brachte, desgleichen Modelle, von dem die Gewehre waren, die seinerzeit auf dem Dampfer „John Grafen“ gefunden wurden. Die Gewehre sind von der Polizei beschlagnahmt worden.

In den Ostprovinzen herrscht ein Mordregiment. Tag für Tag werden viele Freiheitskämpfer zum Tode oder zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Die Todesurteile werden meist in 24 Stunden vollstreckt. — In Riga freiten neben den Strafabgeordneten und den Arbeitern der Elektrizitätswerke Union in 18 Fabriken 22 000 Arbeiter.

Vor dem Räubern geflohen. Der „Neuen Fr. Pr.“ in Wien wird auf Petersburg gemeldet: Der Führer des Strafregiments, Oberst Niemann von Gardeeregiment Somow, welcher bekanntlich viele Eisenbahner beim letzten Streik erschießen ließ, ist unmittelbar nach der Ermordung seines Geistes, des Generals Ritas, aus seiner Wohnung in der Nikolajewskajastraße verschwunden. Mit ihm sind auch die Geheimpolizisten und seine Gemahlin verschwunden. Man vermutet, daß sich alle im Auslande befinden. Niemann hat in der letzten Zeit Todesurteile über Todesurteile erhalten und sich der Rache der Revolutionäre nun durch die Flucht entzogen.

Niederlande.

Ein Kolonialkrieg. Die nach der Insel Bali abgegangene militärische Expedition vertrieb nach im Haag eingetroffenen Meldungen nach heftigem Kampfe den Feind aus dem Komplex der Dörfer, im Südwesten von den Bajan. Der Feind ließ 33 Tote auf dem Felde. Die Bevölkerung dieser Dörfer unterwarf sich und lieferte die Gewehre aus.

Kuba.

Vom Revolutionschaos. Montag erzwangte sich eine heftige Explosion in Havana. Zwei große Gebäude wurden zerstört. Sechs Tote und viele Verwundete wurden aus der Llanera herbeigetragen. Die Explosion ist vermutlich das Werk von Bombenwerfern. In einem Gebäude war ein Hof aufgestellt, doch lag die Heftigkeit der Explosion so groß, daß sie durch Dynamit verursacht wurde.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 17. September 1906.

Der Vorsitzende Dr. W. B. eröffnet die Sitzung um 8 Uhr mit einem Ausruf für die inzwischen verstorbenen Mitglieder H. W. Schwarzkopf, A. Berrlein und Kapitän Steffen. Die Zahl der Bürgerschaftsmitglieder beträgt nunmehr 115. Zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Buchwald mit 72 Stimmen gewählt.

Dr. Wittern sucht in einer persönlichen Darstellung seine früheren Ausführungen gegen den Abgeordneten Demme zu rechtfertigen, indem er seine Bemerkungen dahin auslegt, daß er ihm j. St. nicht unläutere Mitwirkung bei den Serienlosgeheimnissen unterzöhen habe, sondern er hätte nur gesagt, daß Demme als Spezialist auf dem Gebiete der Serienlosgeheimnisse zu betrachten sei. Das gibt Demme ja auch in seiner Antwort nicht zu, indem er ausführt, daß er mehrfach Leiter von Serienlosgeheimnissen vor Gericht verteidigt habe. Spitzfindigkeit bei der Abfassung von Prospekten habe ich Herrn Demme überhaupt nicht vorgeworfen. Das einzige Unrichtige mag sein, daß ich gesagt habe, Herr Demme hätte bei der Abfassung von Serienlosgeheimnisprospekten mitgewirkt; da Herr Demme dies bestritt, nehme ich meine diesbezüglichen Ausführungen zurück.

Wissell: Nach den früheren Ausführungen Witterns, wie sie der stenographische Bericht wiedergibt und wie sie von der gesamten Presse ausgefaßt worden sind, lag darin gegen Demme der schwere Vorwurf, er hätte an der Abfassung der Prospekten und Gesellschaftsverträge mitgewirkt und dadurch den Schwindel gefördert. Daß Sie (zu der Bürgerschaft) dieselbe Auffassung gehabt haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß Sie Ihre Blicke auf uns richteten. Durch die eben gehörte Rechtfertigung hat Herr Wittern mich vor einer schweren Enttäuschung bewahrt. Sollte ich einmal zur Verteidigung einen Rechtsanwalt gebrauchen, so würde ich nach seiner Rede Herrn Dr. Wittern nicht nehmen, denn wer sich selbst nicht besser verteidigen kann, wie Dr. Wittern seine früheren Ausführungen, der wird auch schwerlich andere wirksam verteidigen können.

Der Vorsitzende teilt nunmehr mit, daß vom Verein der Gemüsegärtner, sowie von den Saalbesitzern Eingaben (letztere bezieht sich auf den Theaterbau) eingegangen sind. Es wird beschlossen, dieselben am Schluß der Sitzung zu verlesen. Weiter beschwert sich Moller Witter über eine ihm angeblich zu Unrecht zudiktierte Strafe und ersucht die Bürgerschaft, ihm zu seinem Recht zu verhelfen. Auch diese Eingabe soll am Schluß der Sitzung verlesen werden.

Nach einigen belanglosen Mitteilungen wird in der Beratung der Tagesordnung bei dem Senatsanträgen fortgefahren. Der erste derselben betrifft den Ankauf des Grundstückes Untere Straße 94. Der Antrag wird debattelos angenommen.

Bei dem zweiten Senatsantrag betr. Ankauf eines Erbpachtgrundstückes in Israelsdorf fragt

Höppner-Krumbein an, wie es mit dem angeforderten Gesetz über die Ablösung der Reallasten stehe.

Senator Dr. Fehling: Es wird noch im Laufe dieses Jahres der Bürgerschaft davon Mitteilung gemacht. Ich erwarte, daß in Israelsdorf mehr gebaut werde.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Die nächste Senatsvorlage betrifft die Errichtung einer dritten Gerichtsschreiberstelle und einer dritten Gerichtsschreibergehülfsstelle beim Landgerichte.

Klein fragt an, wann die Hülfenarbeiter die ihnen bewilligte Gehaltserhöhung erhalten würden; es seien seit dem betr. Bürgerschaftsbeschlusse schon 4 1/2 Monate verstrichen.

Senator Dr. Fehling: Die Behörden sind bereits angewiesen worden, den Bürgerschaftsbeschlusse zur Ausführung zu bringen.

A. Bape kritisiert, daß ein höherer Beamter, der sich jugendlich fühle, ein Vierteljahr Ferien erhalte. Soweit würden die Ferien nicht ausgedehnt werden. Redner wünscht mit Anspielungen an den Fall Fischen eine schärfere Kontrolle der Klasse.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung die Neuregelung des städtischen Begräbniswesens.

Wissell: In dem ersten Bericht, den die gemeinsame Kommission des Senats und der Bürgerschaft erstattet hat, ist die Notwendigkeit betont worden — es ist sogar von einer Zwangslage gesprochen worden —, die zur Uebernahme der Verwaltung der Friedhöfe auf die Stadt führe. Wir erkennen nicht nur die Notwendigkeit der rein weltlichen Verwaltung an, sondern gehen über dieselbe hinaus und meinen, daß das Gemeinwesen, das in seinem ureigsten Interesse Anordnungen über die Bestattung der Toten trifft, treffen muß, auch die Bestattung selbst — eben weil sie in seinem eigenen Interesse liegt — übernehmen soll, und zwar unentgeltlich übernehmen soll. Das ist nicht etwa etwas ganz Außerordentliches, sondern in mehreren Kantonen der Schweiz längst Regel und Gesetz. Dort erfolgt die Bestattung auf Kosten des Staates und der Gemeinde und umfaßt die Zeichenschau, die Bekanntmachung der Bestattung, die Lieferung des Sarges und die Eintragung der Leiche, die Ueberführung der Leiche nach dem Friedhof, das Deffnen und Schließen des Grabes und die Bezeichnung des Grabes. Außerdem kann auch die Gemeinde noch beschließen, daß bei allen Bestattungen ein Zeichengeld zu zahlen habe, wenn nicht die Angehörigen ausdrücklich darauf verzichten. Ferner sind die Grabstätten auf Kosten der Gemeinde mit Pflanzen zu schmücken. (Wer sich dafür interessiert, kann das bezügl. Schweizerische Gesetz bei mir einsehen.) Wir halten dieses als zu den Obliegenheiten und Pflichten der Gemeinde gehörend. Uebernimmt die Gemeinde für alle ohne Unterschied die Verpflichtung der Bestattung, dann kann sie natürlicherweise auch nur für alle gleich sein. Der schroffe Gegensatz zwischen dem Brunn einer großbürgerlichen Bestattung — der übrigens nur einem niedrigen Stolz und Hochmut der Angehörigen schmeichelt — und einem Begräbnis der Armut fällt dann fort. Dann wird, so wie es sein soll und wie es reiner Menschlichkeit entspricht, nicht noch der Tod zum Anlaß genommen, das Vorrecht des Reiches der Armut gegenüber zur Geltung zu bringen. Ein-

sache, aber anständige Bestattung für Jeden. Vor allem aber ist hier nichts zu finden. Es geht vielmehr ein recht unsozialer Geist aus den ganzen Anträgen aus entgegen. Und zwar namentlich aus dem, ich möchte fast sagen, mit großem Raffinement ausgearbeiteten Klassenversteher; da nicht Lübeck, ich möchte sagen, recht unrichtig ab gegen andere neuere Begräbnisordnungen. Mir liegt hier ein Antrag des Magistrats von Frankfurt a. M. vor, der erst am 10. Juli 1906 gefaßt ist, und der, auch als Friedhofswesen betreffend, für die Stadtverordneten-Versammlung bestimmt ist. Es wird dort anerkannt, daß die in den bisher dort geltenden Friedhofsordnungen vorgelegene weitgehende Masseneinteilung — wie hier für Klassen — von heute geltenden Anordnungen nicht mehr entspricht, vielmehr eine größere Gleichartigkeit der Begräbnisse erwünscht erscheint. Das durchgeführte wäre hier in Lübeck nicht möglich gewesen, selbst wenn man nun auch nicht zugibt hätte kommen wollen — wir sind es für nichtig halten — ganz unentgeltlich die Uebernahme des gesamten Begräbniswesens zu bewirken. Wenn man sich, wie hier in Lübeck die Bestattung der Bestattungen in den Friedhöfen anderer Uebernehmer liegt, wie denen das Publikum zu bezahlen für die einzelnen Bestattungen zahlen muß, dann hätte in keinem Verhältnis steht zu den Leistungen, wenn man sieht, wie kaum der Tote kalt gelassen ist, die Familienangehörigen Besuche von Geschäftskunden empfangen, denen der Tod Anlass zu einem Geschäft sein soll, dann hätte man es auch noch für selbstverständlich halten sollen, daß die Stadt ganz die Bestattung einschl. der Lieferung des Sarges übernehmen. Das ist auch nichts Neues in Deutschland mehr. In München ist das durchgeführt; dort werden die Leichen in die Leichenhalle gebracht, die Kirchhofsberechtigten für einen — allerdings — und leider nach Klassen abgeteilt — angemessenen Pfandenschein, am letzten Tag wird der Sarg mit brennenden Wachskerzen umgeben. Auch in der neuen Frankfurter Begräbnisordnung ist das Prinzip durchgeführt, daß die Stadt das ganze Begräbnis übernimmt. Doch soll das Landeshofamt gegen Zahlung einer bestimmten Gebühr bei allen Bestattungen gewähren 1. die Dienstleistungen des Bestattungsdienstes und 2. der Zeichenschau, 3. der Sarg und die Eintragung, 4. die Ueberführung der Leiche nach dem Friedhofe und zum Grabe, 5. die Benutzung der Leichenhallen und der Hallen zur Abhaltung von Trauerfeiern, 6. die Herstellung und Schließung des Grabes, 7. die Eintragung des Sarges. Auf die Dienstleistungen der Zeichenschau, auf Beschaffung des Sarges und die Eintragung und auf die Benutzung der Leichen- und Trauerhallen kann verzichtet werden, nicht aber auf die Ueberführung der Leiche nach dem Friedhofe und zum Grabe. In der Begründung des vorgeschlagenen Entwurfes wird gesagt, daß diese Erweiterung der städtischen Leistungen beim Begräbnisse Uebernahme des Sarges usw. von so bedeutungsvoller sei, als dadurch nicht nur eine Verbilligung der jetzt allgemein so hohen und vielfachen Ausgaben gelegentlich eines Todesfalles herbeigeführt wird, sondern auch zugleich die Einheitlichkeit und Gleichheit der Form des Begräbnisses befördert wird. Für die einfache Gebühr werde ein würdiges Begräbnis in einem einfachen würdigen Sarge gewährt. Um vollständig zu sein, will ich aber auch bemerken, daß der Kauf eines teureren Sarges, Zugehörigkeit von Leichenbegleitern usw. freigestellt ist. Wenn ich demgegenüber die uns heute beschäftigende Ordnung ansehe, dann muß ich sagen, daß sie den elementarsten Anforderungen in den beiden entscheidenden Punkten: Lieferung und Uebernahme des Sarges, Vereinfachung der Klassen nicht entspricht, so daß es mir fast unmöglich dünkt, sie durch hier zu stellende Anträge so zu verbessern, daß sie einem modernen, freien Sinne entspricht und deshalb erreicht uns nur folgender Antrag am Platze: „Unter Ablehnung der Senatsvorlage ersucht die Bürgerschaft den Senat, ihr eine neue Vorlage auf der Grundlage der Uebernahme der gesamten Totenbestattung auf die Stadt bei gleichzeitiger Unentgeltlichkeit zu unterbreiten.“

Senator Dr. Stooss: Wir haben eine Vorlage geschaffen, von der wir annehmen, daß sie der Mehrheit der Bürgerschaft genehm ist. Die Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich als berechtigt nicht anerkennen. Wollte die Stadt die Lieferung von Särgen und Blumen übernehmen, so würde sie damit in das Erwerbleben eingegriffen haben. Es ist nicht richtig, daß ein unsozialer Zug durch die Vorlage geht. Die schweizerischen Einrichtungen würden für Lübeck zu kostspielig sein. Die Klasseneinteilung stammt bereits aus dem Jahre 1834 und habe kein Mißfallen erregt. Eine Ueberverteilung der Angehörigen bei Bestattung durch Geschäftsleute sei nicht nachgewiesen.

Wissell: Ich muß trotz der Ausführungen des Herrn Senators dabei bleiben, daß die gegenwärtige Vorlage unsozial ist. War die Klasseneinteilung vielleicht 1834 angebracht, so resultiert daraus nicht, daß sie es gegenwärtig noch ist. Sogar die Kommission hat auf den Unterschied hingewiesen, der zwischen der Bestattung in der ersten und in der letzten Klasse besteht. Daß durch die Uebernahme der Bestattung durch die Stadt den Geschäftsleuten ein Nachteil erwächst, kann ich nicht einsehen.

Ich erwarte, daß die Angehörigen ausdrücklich darauf verzichten. Ferner sind die Grabstätten auf Kosten der Gemeinde mit Pflanzen zu schmücken. (Wer sich dafür interessiert, kann das bezügl. Schweizerische Gesetz bei mir einsehen.) Wir halten dieses als zu den Obliegenheiten und Pflichten der Gemeinde gehörend. Uebernimmt die Gemeinde für alle ohne Unterschied die Verpflichtung der Bestattung, dann kann sie natürlicherweise auch nur für alle gleich sein. Der schroffe Gegensatz zwischen dem Brunn einer großbürgerlichen Bestattung — der übrigens nur einem niedrigen Stolz und Hochmut der Angehörigen schmeichelt — und einem Begräbnis der Armut fällt dann fort. Dann wird, so wie es sein soll und wie es reiner Menschlichkeit entspricht, nicht noch der Tod zum Anlaß genommen, das Vorrecht des Reiches der Armut gegenüber zur Geltung zu bringen. Ein-

Pastor Becker: Auch für mich wäre es in gewisser Weise ideal, wenn keine Klassenunterschiede vorhanden wären. Sind denn nun die Klassenunterschiede wirklich so groß? Bei einem Armeubegräbnis kann es mindestens so feierlich ausgehen, wie bei einem Begräbnis erster Klasse. Die Klassenunterschiede werden aber niemals ganz verschwinden, selbst wenn man in Lübeck so vorgehen wollte, wie in Frankfurt. Nun ist zu beachten, daß in der Klasseneinteilung gewissermaßen eine progressive Besteuerung liegt, und für eine solche wird Herr Wissell doch gewiß eintreten. Für die bei den höheren Klassen gezahlten höheren Beträge wird doch nicht wesentlich mehr geboten, als bei den unteren Klassen. Wenn auch gegen einzelne Punkte manches einzuwenden ist, so möchte ich doch bitten, persönliche Wünsche zurückzustellen und die Vorlage, die kommissarisch geprüft worden ist, zu verabschieden.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft.

In der Spezialberatung fragt bei Biffer 2 Lauenstein an, ob die Leichen aus den Landgemeinden auch in Zukunft auf eigenem Fuhrwerk nach dem Vorwerker Friedhofe und dem Allgemeinen Gottesacker befördert und dort beilattet werden könnten?

Senator Dr. Stooss kann hierauf nichts bestimmtes antworten, da er nicht allen Sitzungen der Kommission beigewohnt habe.

Pastor Evers hält es selbstverständlich, daß auch in Zukunft so verfahren werden kann, wie Herr Lauenstein es wünscht.

Bei Punkt 9 und 11 wendet sich Freitag dagegen, daß den späteren Geistlichen die Entschädigung von 3660 Mk., welche sie gegenwärtig be-

Zur Aufklärung!



Die unterzeichneten Brauereien haben sich durch die Zoll- und Steuererhöhungen, die gesteigerten Preise für alle Haupt- und Nebenbedarfsartikel, wie Maschinen, Fässer, auch Löhne usw., gezwungen gesehen, vom 1. d. Mts. an den Preis für ihre Biere für Wirte auf

Mk. 18.50 pro Hektoliter in Gebinden mit Eislieferung

festzusetzen, wobei sie die städtische Biersteuer tragen.

Während nun auf allen anderen Gebieten bei Preissteigerungen, wie z. B. augenblicklich für Kohlen, der Zwischenhandel und die Konsumenten sich eben der Notwendigkeit fügen, versuchen es die hiesigen Wirte, die Bevölkerung durch öffentliche Versammlungen usw. zur Parteinahme gegen uns zu veranlassen. So beziehen sie auswärtige Biere, die ihnen wesentlich teurer zu stehen kommen, als die hiesigen anerkannt guten Biere, und werden natürlich auch teilweise versuchen, hierfür ihren Gästen höhere Preise abzunehmen und sie von dem Konsum des heimischen Produktes abzuziehen.

Wir geben zu, dass diese Preiserhöhung für manchen Wirt nicht angenehm ist, namentlich da, wo schon geringeres Mass gegeben wird, um die hohen Unkosten für andere Ausgaben, wie Lustbarkeitssteuer, Musik, billiges Essen oder dergl., lediglich aus dem Biere herauszuschlagen, andererseits ist aber der geringste Verdienst, den die hiesigen Wirte auch bei den erhöhten Preisen haben.

 **100%** 

und steigt bis 200 und über 300 %.

100 Liter zu 15 Pfg. ergeben 37½ Pfg.	für 1 Liter.
100 Liter zu 15 Pfg. ergeben 50 Pfg.	
100 Liter zu 15 Pfg. ergeben 60 Pfg.	
100 Liter zu 10 Pfg. ergeben 50 Pfg.	

Da erscheint es doch gewiss richtiger, die Unkosten auf diejenigen Artikel zu schlagen, welche bislang keinen oder nur einen geringen Ueberschuss gebracht haben und sich bei Bier mit dem doch gewiss recht anständigen Verdienste zu begnügen.

Wir vertrauen dem gesunden Verstande der hiesigen Einwohner, dass sie sich dem Vorgehen der Wirte gegenüber ablehnend verhalten und sich nicht von diesen vorschreiben lassen werden, welches Bier sie trinken sollen.

Aktienbierbrauerei Lübeck. Hansa-Brauerei A.-G.

Adler-Brauerei. Brauerei zur Walkmühle.

Freihändiger Verkauf

der aus der Million'schen Konkursmasse hammernden Waren, als:

1. Porzellan, Steingut, Glas, Eßservice, 2. Eisen- u. Emaille-Waren.

70 Stief-, Küchen- und Hängelampen, Korridorlampen, Umbeln,

4 Regulieröfen, Nägel, Scharniere, Schrauben, 3. Ein gr. Posten Rotwein in Fl. 4. Kinderspielzeug

zu Toppreisen verkauft werden durch den Auktionator

Albert Mohrmann.

Den so beliebten

Hamburger Gastofs

empfiehlt billigt

Fernruf 242. **Christian Gäde**
Kontor Fischergrube 4 und Lager bei der Drehbrücke.

Achtung Maurer!

Mitglieder-

Versammlung
am Mittwoch den 19. Septbr.

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Außerordentl. Mitgliederversammlung

am Donnerstag den 20. September 1906

abends 8½ Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung des letzten Kartellberichts.
2. Beschluffassung über den zu erhebenden Extrabeitrag.
3. Verschiedenes.

Wichtig eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Gemeinsame Versammlung

des

Vereins der Lübecker Wirte und des Vereins der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgegend

am Mittwoch den 19. September 1906, nachm. 4 Uhr

beim Kollegen **W. Kempfer**, „Bürgerverein“

Tages-Ordnung:

Berichterstattung und Beschluffassung über die Antwort der Brauerei-Vereinigung.

Jedem Mitglied wird es zur Pflicht gemacht in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Lübecker Wirt-Verein. Verein der Gast- u. Schankwirte für Lübeck u. Umgegend. Der Vorstand. Die Siebener-Kommission.

5 Pf. pro Pfd. zahle für Hausstands- Lumpen. Bitte Post- Waisenhoffstraße 25.

Billig! Große saure Geringe, fein Billig! fein mariniert, à St. 5 Pf. Billig! Wiederverkäufer billiger. Fischergrube 61.

Zwetschen

feinste Ware zum Einmachen
Bund 5 Pfg. von 10 Pfd. 4 Pfg.
an per Pfd.

Fr. Daniels

Fleischhauerstraße 20, b. d. Königstraße.

Einladung zum

BALLE

der Angestellten der

Lübecker Eisgenossenschaft

am Mittwoch den 19. September 1906

im Lokale des Herrn Fürbötter,

Wakenitz-Bellevue

(Dorotheenstr. 23)

Anf. 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Das Komitee.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
Vom 16.-22. September:

Bodensee.

Lindau, Friedrichshafen, Ravensburg,
St. Gallen, Bregens, Konstanz.

Hansa-Theater.

Goldene Laube

größte elektrische Ausstattungs-Feerie
der Gegenwart.

Eva Nora Ibsen.
Richard Hungar
und das andere Künstlerpersonal.
Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Teufel-, Hexen- und Wunderglaube in der Neuzeit.

Von Emil Weidmann.

(Nachdruck verboten.)

Es gibt heutzutage eine Unmenge von Menschen, die jedes Verständnis für Teufel, Hexen und Wunder verloren haben. Wenn man sich mit ihnen über dieses Thema unterhält, so haben sie nur ein mitleidiges, überlegenes Lächeln.

Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß einzelne hervorragenden Teufeln ein weiteres Arbeitsfeld gegeben ist. Ihnen liegt es ob, hervorragende, heiligmäßige Personen durch stärkere und listigere Versuchungen zu beunruhigen.

Was die teuflische oder schwarze Magie betrifft, so ist diese von der weißen oder natürlichen sorgfältig zu unterscheiden. Wie verstehen unter ihr das gottlose Verbrechen eines Menschen, auf Grund eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Pacts mit dem Satan Wirkungen zu sehen, die über die Kraft des Menschen hinausgehen.

Unter den denkbar verschiedensten Gestalten ist Satan schon erschienen: als Wolf, Mäc, Stier, Hock, Ziege, Fuchs, Kater, Hund, Wauw, Bo, c, Huhn, Gole, Drache, Kröte, Eidechse, Skorpion, Spinne, Biene, Mücke; oder er erscheint als Moos, Bauer, Schiffer, Geisteskranker, Felsentreiber, gepuhtes Weib.

Aus dem „Lehrbuche“ und überaus „schamlosartigen“ Duktationen des Herrn Professor wird man mit Schrecken erkennen, was der Teufel für ein gemeiner und verächtlicher Kumpel ist. Nicht nur, daß er sich in eine Kröte, einen Drachen und dergleichen verwandelt, daß er ihn in Eisen, treiben und gepuhten Weibern antreffen, nein, sogar das geistliche Gewand braucht er für seine verächtlichen Mäße.

Man kann da garnicht vorsichtig genug sein. Wie oft mag man schon Geistliche getroffen haben, die in Wirklichkeit keine Geistliche, sondern gemeine Höllehundebaren, die ihr Gewand nur dazu leihen, die dummen und neugierigen Menschen dem Satan zuzuführen. Herr Professor Dr. Baug hat Recht: hier ist äußerste Vorsicht geboten. Glücklicherweise gibt es aber noch Mittel und Wege, sich vor dieser drohenden Gefahr zu retten.

Es werden da dem heiligen Antonius und dem Gebet seiner Verehrer folgende Ratschläge empfohlen: „Halbige gute Vermittlung der Wohnung — guter Fortgang des Geschäfts — gutes Examen — baldige glückliche Berufsmahl — Verschickenes.“

Außer den Gebetsverordnungen gibt es aber noch ein anderes heiliges Mittel gegen die Gemeinheit des Teufels: das Rosenkranzgebet, bezw. das Rosenkranz nach Deden, in denen bewährte Heiligeresse vorhanden sind. Sehr bemerkenswert ist in dieser Beziehung das Rosenkranzgebet.

In Deutschland haben wir auch dergleichen Reliquien, so die verschiedenen heiligen Röde des Jesus von Nazareth, wunderwirkende Marienbilder und dergleichen, aber was will das sagen gegen die erwähnten Rosenkranzgebeten! — Eine Perücke, deren Haare, und so!

Man sieht aus alledem, daß es dem Menschen leicht gemacht ist, dem Teufel, der Hölle und dem Teufel zu ent-

rennen. Wer in verstockten Herzen keinen Gebrauch von diesen Rettungsmitteln macht, der mag auch die Folgen tragen. Und über diese soll man sich ja nicht täuschen. Ich habe da nun schon in 3. Auflage ein Buch gelesen, das ein Herr Fr. A. Schuppe im Jahre von Weyer im Jahre 1899 hat zur Welt kommen lassen. Es behandelt die Frage: Wie lange muß ein guter Christ (wohlverstanden: ein „guter“) im Fegfeuer schmoren?

„Sehen wir“, so schreibt er, „nach einer Durchschnittszählung die Zahl der täglichen Fehler auf 10 fest, so erhalten wir 3650 Fehler im Jahr. Hat Erleuchtung der Rechnung wollen wir 3000 nehmen, ist in 10 Jahren 30 000 und in 20 Jahren 60 000. Nehmen wir nun an, daß die Hälfte dieser Fehler im Leben durch Gebet und gute Werke getilgt werden, so bleibt doch noch eine Schuld von 30 000 Fehlern. Rechnen wir nun — nach den Offenbarungen der Heiligen — daß sehr geringe Maß von einer Stunde Fegfeuer für einen Fehler, so erhalten wir für 30 000 ebensoviele Stunden oder 3 Jahre 3 Monate und 15 Tage.“

Also 3 1/2 Jahre muß schon ein halbwegs guter Christ schmoren. Für den gottlosen Sünder eröffnet sich hier eine traurige Aussicht. Und dabei hat Herr Franz Xaver Schuppe noch billig gerechnet, indem er die Jahresfehler von 3650 einfach auf 3000 abrundet; und aus diesem Zeitraum von 20 Säuberungsjahren anzah. Ein mittelalterlicher Kollege von Xaver — Berth von Regensburg — ist in dieser Beziehung zu ganz anderer Uebersetzung gelangt. In dem Bussgebote, die dieser fröhliche und hochgelahrte Gottesmann hielt, machte er seinen Schäflein folgende tröstliche Eröffnung: „Wenn Ihr soviel 1000 Jahre gebrannt habt, als Staubes in der Sonne ist, dann geht Eure Materie erst an.“

Schön heraus sind in die Blüten der Franziskaner- und Carmeliter-Orden. Nach den Schuppen der Franziskaner geht ihr Gründer, der heilige Franz von Assisi, am 1. Oktober eines jeden Jahres durch das Fegfeuer und nimmt die armen Seelen mit „hinüber“ nach dem Himmel, welche im Dornengebüsch von Hinnen gefehret sind. Die Karolinger überzumpften das noch; ihr Richter geht angeblich jede Woche am Sonntag durch und atmet die Jugenhörigen mit. — Die Mitglieder dieser Orden haben es aber auch verdient, daß ihnen gewisse Privilegien eingeräumt werden. Sie haben zur Zeit der Inquisition mancher Scheiteln zur Verbrennung von Kettern und gottlosen Helden zusammengetragen, haben eifrig gepredigt, Teufel ausgetrieben und schauerliche Dämonen gebannt, so sie in Mänteln und Weibschleppen riefen. Die Zeiten sind vorüber. Es waren für die Orden schöne und erträgliche Tage. Soviel geweihtes Wasser, heiliges Dreifaltigkeit, Gebetszeitel und Amulette werden heutzutage in zwei Jahren nicht verkauft, wie früher Zeit in einem einzigen Tag umgesetzt wurden. Wenn auch die Scheiterhaufen allerwegen rauchen, das hat man sich gewöhnt und jene verächtlichen Subjekte, die Teufelsbuben und Buhlerinnen, hatten ja den Tod „von Rechts wegen“ verdient. Der Scheiterhaufen wird unentbehrlich, so dachte man damals und diese Ansicht wird heute noch von frommen Christen geteilt. So liegt mir die „Analecta ecclesiastica“.

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(34 Fortsetzung)

Sieht hielt der Schalk nicht vor der Bild: in der Vorderwand an. Die Heiterethei tat nicht, als hörte sie den schweren Atem des Mannes. Sie sah nicht nach ihm hin. Der Atem hing ihr wie der der Wallfahrende; das Blut drängte sich nach dem Augenbrauen, aber sie saug noch besser, als davorhin.

Draußen erklang nun ein Rauschen, aus dem Verwunderung und Unwille herans zu hören war. Endlich sagte zürend die Stimme der Reider Weiber: „Aber Mädele, bist du denn der Bergschmiedgott? Was ist das für eine Auf-führung da?“

Die Heiterethei verdroß in ihrer Gereiztheit der Ton, in welchem die Frau das sagte. „Sie ist eben auch eine von den Großen, oder will's wenigstens sein“, dachte sie bei sich; „sie soll aber nicht denken, ich laufe vor ihr nieder.“ Dann rief sie laut, als wenn die Dolin durch die Lüfte nicht das leiseste Wort hätte verstehen können. „Ist jemand da draußen vor der Tür?“

Diese Komödie verdroß wiederum die Dolin, die allerdings für eine große Frau gehalten und danach behandelt sein wollte. „Mit mir stellt du keine F y n an“, sagte sie, „du bist nicht der Mann danach.“

Trotzdem ging die Heiterethei erst ans Fenster und öffnete daselbst auch noch mit großer Umständlichkeit. „Ihr seht's, Frau Dolin? Aber warum kommt Ihr nicht herbei ins Häusle? Ich laß das Fenster nicht gern auf; das Weile hat's mit den Säpken, und da kann's die Luft nicht vertragen. Und wenn das Fenster zu ist, kann man's nicht gut hören, wenn jemand da draußen spricht.“

Die Reider Weiber schüttelte mit dem Kopf und dachte:

„Soll's mit der nicht richtig sein hinter der Stirn? Aber danach ist sie doch zu gewiß, daß das mit dem Häusle sie so sehr hätte sollen gereizen.“ Sie wollte durch die Lüfte hinein da sie aber die Lüfte aufschließen löte nicht sie: „Wenn sie wirklich so ist, solchen Dingen muß man den Willen tun, sonst können sie einem was zufügen in ihrer Art.“

Sie ging die Tür auf, und die Witte hinkte unwillkürlich einen Schritt rückwärts, als sie die Heiterethei so nahe vor sich stehen sah. Sie starrte in dem Augenblick allerlei Gesichtern von Verblüthen ein. Als sie aber die Heiterethei genauer betrachtete und von verstümmtem Wesen, wenigstens von dem Anzeichen eines wahren Wauwauweibes nichts gesunden hatte, hinkte sie hinter dem Mädchen in die Stube hinein.

„Guten Tag herein“, sagte sie dann; „wenn man die nämlich was Gutes zu wünschen braucht. Demum Gesicht nach soll man meinen, es war nicht nötig.“

„Ich“ entgegnete die Heiterethei lustig. „Gut's kann man immer brauchen. Und wenn man gleich keiner ist von denen, die n y genug können liegen. Aber Ihr furcht's Euch wohl gar vor mir?“

„Du denkst, du bist die Cirzig“, die sich vor gar n y fürchtete“, lachte die Witte in ihrer Entschätzung. Denn sie sah wohl, die Heiterethei war noch ganz die alte. In dem dem Stübchen umsch, ärgerte sie sich wiederum, wenn auch in anderer Meinung, darüber, daß die Heiterethei nach solchen Erlebnissen und Taten noch die alte sein konnte. „Aber du läßt du mir keine F y n an. Ich bin da, ein ernsthaftes Wort mit dir zu reden. Aber ich kann auch fortgehen ohne das, das sag ich dir.“

Die Dolin setzte sich auf die Ofenbank und legte ein Büchel, das sie mitgebracht, vor sich auf den Tisch. Die Heiterethei holte ihren Stuhl vom Fenster und nahm der Dolin gegenüber Platz.

Die Dolin zog ihre Brille aus dem Busentuch; das gehörte zu den nötigen Vorbereitungen, wenn sie jemandem eine Predigt halten wollte. Dann strich sie die Schürze glatt, lehnte sich hinterüber. Sie die Brille auf und begann: „Aber Mädele! Mädele! was machst du mir da für Ding! Kommst den Hölle's-Fuß vom Steg, weil er dich nicht will sein, und wie hier die großen Weiber keine Un-art verweisen, bist du noch so grob und jagst sie aus dem Häusle!“

„Aber er mich nicht will sein?“ unterbrach sie die Heiterethei zornig. Die Witte nahm die Brille ab, wie jederzeit, so lange sie nicht selber sprach. Die Heiterethei aber sehr fort: „Das habt Ihr Euch weiß lassen machen und hättet doch daran sollen sehen, was zu Euren großen Weibern ist. Und sie sollen erst an ihre eigene Unart denken, wie sie mit so lang in den Ohren haben gelegen, der Feig post mir auf und wollt mir was tun, bis ich's hab geglaubt.“

„Das wozu sein“, entgegnete die Witte, nachdem sie die Brille wieder aufgesetzt, „das mag sein, wie's will. Und daran liegt auch n y, wie die Sach' ist gewiß. Das Ding ist so: Du bist ein arm Mädele, und das sind große Weiber. Das ist die Sach', und nicht, wer schuld ist und wer nicht schuld ist. Denn Reden, schiffe, das sind nur Wörter, und es kommt n y drauf an, was einer red't, sondern ob einer Geld hat und Sachen oder nicht. Und wenn, schiffe, die Weiber den Feig selber sein gerechnet hätten, das bleibt sich gleich; aber ein arm Mädele darf einer großen Frau nicht so kommen, wie du gekommen bist. Ich hab m's immer gedacht, daß das mit deinem Wesen einmal schlimm wird ablaufen. Anmut und Höchmut, die führen zusammen eine schlechte Eh', und wird nicht gut, bis sie sich scheiden und die Anmut freit die Modestigkeit. Der Höchmut hat die alle Gutm' erlittet und hält' die das Häusle eingekrenst, hält's auch nicht der Regen an. Aber die Modestigkeit, schiffe, wenn du die gehabt hättest, da wär die

ein römisches Prälatenblatt aus dem Jahre 1895 vor. Da lese ich auf Seite 32 folgendes: „D. Seid segnet ihr flammenden Scheiterhaufen, durch die einige wenige und noch dazu verschmitzte Schelme befeigt, jedesmal aber hundert und aberschundert Seelen aus den Schlingen der Irreligion und vielleicht auch der ewigen Verdammnis gerettet worden sind. Der wohlthätigen Wachsamkeit der heutigen Inquisition ist der religiöse Friede sowie auch die Glaubensfestigkeit zu danken, die den Adel der spanischen Nation ausmachen.“ Mit sehnsuchtsvoller Wehmüt mag der Bischoff, dieser von einer rührenden Christenliebe zeugenden Bitten, der Jesuit de Urcia, an jene Bitten zurückgedacht haben, da man noch Kindern im Alter von 9-13 Jahren und alten Weibern, die seit 70 Jahren mit dem Teufel Buhlschaft getrieben hatten, die wundervollsten Mittel zur Errettung, zersch, zerhacke und verbrannte, da man ihnen zur „Ehre Gottes und von Rechts wegen“ gültiges Del eingab, um das verstockte Gemüt zum „Geständnis“ zu bringen. Das Wimmern und Wehklagen der geknickten Opfer war diesen vertierten und verbrecherischen Pfaffen eine angenehme Abwechslung von ihrem blöden Hauptegeleben; ihr von allerlei ideenreicher Unzucht zerrütteter Geist fand Gefallen an den Todesurteilen und dem Anglisten der Hölle.

Aus diesem Geiste heraus ist die oben erwähnte Notiz des Hallunken zweifellos auch geboren worden.

Soziales und Parteileben.

Am die organisierte Arbeiterschaft und an die Parteien! Die Kohlenarbeiter und Rutscher Berlins be finden sich seit über drei Wochen in einem Streik, welcher von den Kohlengrößhändlern in freivolker Weise heraufbeschoren ist. Die Löhne auf den Kohlenplätzen sind die denkbar erbärmlichsten und die Arbeitsverhältnisse spotten einfach jeder Beschreibung. So erhielten die Arbeiter einen Lohn von 37 Pf. pro Stunde und die Rutscher einen solchen von 25 bis 27 Mark pro Woche, bei einer Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden pro Tag. Für diesen Lohn haben die Arbeiter und Rutscher eine unmenslich schwere Arbeit zu leisten. Dieselben haben den ganzen Tag, von früh bis spät, 1-2 Zentner schwere, mit Kohlen gefüllte Körbe und Kisten zu schleppen. Dazu kommt noch, daß auf den meisten Plätzen keinelei Vorrichtungen getroffen sind, durch welche den Arbeitern, die bei ihrer schweren Arbeit oft in Schweiß gebadet. Schutz ihres Körpers gegen die gesundheitsschädlichen Witterungseinflüsse geboten werden könnte. Heizbare Räume fehlen fast überall. Wascheinrichtungen, welche mit Rücksicht auf die schmutzige Kohlenarbeit unbedingt erforderlich sind, fehlen auf den Plätzen ebenfalls. Die Ausständigen forderten deshalb neben einem einigermaßen auskömmlichen Lohn von 45 Pf. pro Stunde für Arbeiter und 30 Mark pro Woche für Rutscher, auch Beschaffung von heizbaren Räumen und Wascheinrichtungen. Diese Forderungen, welche jeder vernünftig Denkende als durchaus berechtigt und anerkannt anerkennen muß, sowie den Wunsch, mit einer Kommission der Arbeiter in der Sache zu verhandeln, lehnten die Unternehmer kurzerhand ab. Wer streiken will, kann streiken, war die Antwort der Kohlengrößhändler. Auf diese Provokation legten am Montag, den 20. August, über 1100 Kohlenarbeiter und Rutscher einmütig die Arbeit nieder. Wiederholte bei dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angebahnte Verhandlungen sind von den Unternehmern abgelehnt worden, weil sie der Annahme sind, daß die Streikenden ohne weitere Zugeständnisse, des Streikens müde, auf die Plätze zurückkehren werden. Die streikenden Arbeiter und Rutscher dagegen sind gewillt, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis ihnen faktisch der Kohlengrößhändler menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und ein Lohn gewährt wird, mit dem sie sich selbst und ihre Familie halbwegs ernähren können. Der Streik geht für die Arbeiter und Rutscher gütlich. Obgleich die Unternehmer alle Anstrengungen machen, Arbeitswillige zu erhalten, ist ihnen dies nur in ganz minimaler Weise gelungen. Selbst Polen und Galizier, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, werden eingestellt, um dadurch die Streikenden wankelmütig zu machen. Da aber alles nichts nützt, haben die Kohlengrößhändler jetzt ihre Hoffnungen auf die im Herbst zur Entlassung kommenden Reservisten gesetzt und hoffen, daß sie durch diese ihre Betriebe wieder in Gang bringen können. Die unterzeichnete Lohnkommission wendet sich deshalb an alle Arbeiter und Rutscher mit der Bitte, die Kohlenarbeiter Berlins in ihrem schweren Kampfe um Erzielung besserer Lohn und Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Insbesondere erwarten die Streikenden, daß jeder einzelne, welcher in der Lage, die jungen Reservisten im Voraus von dieser Situation zu unterrichten, dies zu tun und mit dafür zu sorgen, daß sich dieselben nicht als Verräter an dieser gerechten Sache gebrauchen lassen. Die beste Unterstützung ist die, daß kein Arbeiter oder Rutscher, solange der Streik dauert, auf irgend einem Kohlenplatz Arbeit annimmt. Hoch die Solidarität und hoch die Einigkeit! Alle Partei- und arbeitersfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten! Die Lohnkommission. S. U. D. Mittsche.

Das Internationale Sekretariat der Buchdruckerorganisationen, welches seinen Sitz in Bern hat, veröffentlicht den Jahresbericht für 1905. Danach umfaßte diese Organisation jetzt 20 Buchdruckerverbände mit ca. 100 000 Mitgliedern. Die internationale Arme tritt bei Lohnkämpfen solbachtlich durch die Tat für einander ein, d. h. es werden durch das Sekretariat die zu den Lohnkämpfen und Streiks nötigen Geldmittel beschafft.

Als Bibliothekar wurde vom Gewerkschaftskomitee in Frankfurt a. M. Genosse Sauer, Metallarbeiter in Frankfurt a. M. gewählt. Er hat seit Jahren nebenamtlich die Funktionen versehen und wird sich nun ganz dem Amte widmen können. Um die ausgeschriebene Stelle hatten sich jetzt 250 Bewerber gemeldet. Darunter auch solche aus dem Auslande. Bibliothek und Lesezimmer werden in dem zum Gewerkschaftshause in Frankfurt neu hinzugekauften Hause im ersten Stock eingerichtet.

Aus Nahe und Fern.

Ein Streikprozess vor dem Kriegsgericht. Ein drakonisches Urteil fällt das Kriegsgericht in Dresden gegen zwei Reservisten. Angeklagt waren der Landwehrmann Geißler und der Ersatzreservist Martin wegen tätlichen Vorgehens an einem Vorgesetzten. Am 9. April d. J. besuchte beide die Kontrollversammlung, an der noch mehrere Einwohner aus dem Wohnort der Angeklagten teilnahmen, darunter auch der Unteroffizier der Reserve Jähring, der während eines Streiks in die Fabrik, in der beide Angeklagte vor dem Streik beschäftigt waren, als Arbeitswilliger eingetreten ist. Auf der Kontrollversammlung wurde Jähring zum Unteroffiziersdienst befördert, wobei er die verletzten Notizen zu ordnen hatte. Auf dem Heimwege von der Kontrollversammlung traf Jähring nun neben mehreren anderen Kontrollversammlungsbesuchern auch die beiden Angeklagten Geißler und Martin, die unterwegs schon eine Stunde topfisch gezeit hatten. Als Jähring ungefähr 30 Schritte herangekommen war, hörte er Martin rufen: „Zeit kommt der Drecksler!“ (Jähring ist damit gemeint) Jähring wollte an den beiden Arm in Arm gehenden Angeklagten vorübergehen. Dabei erhielt er von Martin einen leichten Stoß in die Seite, wobei Geißler gesagt haben soll: „Dem Streikbrecher brechen wir noch die Knochen!“ Auf dem weiteren Wege will dann Jähring verfolgt und mit schmutzigen Redensarten beleidigt worden sein. Zu der Verhandlung waren 25 Zeugen geladen, wovon Jähring der Hauptbelastungszeuge ist. Die Zeugenvernehmung gestaltete sich sehr widerspruchsvoll, was zur Folge hatte, daß acht Entlastungszeugen wegen Voreingenommenheit nicht verurteilt wurden. Der Angeklagte Geißler gibt zu seiner Beteiligung an, daß er finnisches betrunken gewesen sei und sich auf den Vorfall nicht mehr erinnern könne, während Martin behauptet, Jähring habe den Martin bei dem Vorfall auf die Hand getreten und ihn zum Widerspruch gereizt. Nach längerer Beweisaufnahme wurden die beiden Angeklagten des ihnen zur Last gelegten für schuldig befunden. Martin wurde zu zwei Jahren und Geißler zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Martin wurde sofort in Haft genommen. Das Urteil ist wieder ein Beweis dafür, wie streng man geringfügige Vergehen gegen Vorgesetzte bestraft im Vergleich zu den niederträchtigsten Soldatenschändereien.

Ein Soldatenschänderprozess. Wie aus Düsseldorf berichtet wird, verurteilte das dortige Kriegsgericht den Feldwebel Albert Pohnitz von der vierten Kompanie des Infanterieregiments Nr. 16 in Rülheim (Rhein) wegen Mißhandlung und vor-

schriftswidriger Behandlung von Untergebenen unter Annahme mildeberender Umstände zu vier Wochen gelindem Arrest.

Nach Schema F werden jetzt im Ruhrgebiet die russischen Arbeiter ausgewiesen. An Essener Arbeitgeber erging folgender Ullas:

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister Essen-Ruhr, den . . . 1906.

Soweit hier bekannt ist, werden von Ihnen Arbeiter russischer, litauischer resp. ausländischer Nationalität beschafft.

Ich sehe Sie ergebenst hierdurch in Kenntnis, daß eine Weiterbeschäftigung bzw. weitere Heranziehung dieser Art Ausländer nach den bestehenden Bestimmungen unter keinen Umständen gebuldet werden kann. Es werden deshalb diejenigen Ausländer dieser Art, welche in neuerer Zeit herangezogen sind bzw. noch hinzuziehen sollten, sobald aus Versehen angewiesen, während denen, die schon längere Zeit sich ungehindert im Salande aufhalten, zum Verlassen des Saalgebietes noch eine Frist bis zum 20./12. 06 bewilligt wird. Es muß Ihnen überlassen bleiben, für geeigneten Ersatz der saalischen Arbeiter durch inländische Arbeiter oder durch solche Arbeiter, die dem Ausweisungszwange nicht unterliegen, Sorge zu tragen.
Der Brigadene. Selbach.

Da ist dann doch wohl die Frage berechtigt: Ist denn Preußen wirklich schon eine russische Provinz? Daß diese Verfügung nicht von Fürsorge für die deutschen Arbeiter diktiert ist, sehen wir im Ruhrgebiet alle Tage, wo die ausländischen Arbeiter (Österreicher und Italiener) en masse unter dem Schutze der Polizei importiert werden. Es handelt sich hier eben nur darum, in dem Weltkrieg vor Rußland ja an erster Stelle zu bleiben.

Der Dattel aus Amerika. Die Kölner Strafkammer hatte sich dieser Tage mit einer seltsamen Entscheidungsgeschichte zu beschäftigen. Der in Montebideo ansässige Kaufmann Anton Kappenberg wußte bei seiner Anwesenheit in Köln seine kranke Nichte Nettchen Häuser zwecks Erholung zur Mittfahrt nach Montebideo zu bestimmen. Er verlebte sich in die hübschste Nichte; als das Mädchen ihn aber kategorisch ablehnte, erklärte er bei der Ueberfahrt, seine Nichte sei lebend und bekomme nachts Krampfanfälle. Nach vielen Weiden und Entbehrungen nahmen sich in Südamerika Deutsche des Mädchens an und brachten es in ein Kloster, während die Bräute zu finanzieller Hilfe aufforberte. Mit großen Geldbeiträgen ausgestattet, reiste das Mädchen in die Heimat zurück. Aber der Dattel folgte ihr und erklärte bei der Ankunft in Köln, seine Nichte habe ihm eine große Geldsumme gestohlen. Die Kölner Strafkammer schenkte indessen dem Mädchen Glauben und wies den klägerischen Dattel mit seinen angeblichen An-

klagen ab.
Verbrechen eines Wahnsinnigen. Man schreibt dem „Sbg Corr.“ aus Paris: In der Nacht zum Donnerstag wurde die 42jährige Witwe Berbat, die mit ihrem 18jährigen Sohn und ihrer 16jährigen Tochter eine kleine Wohnung in der Rue de Esquarcourt innehat, durch ein seltsames Geräusch aufgeweckt. Sie wollte die Lampe anzünden, beim Leuchten des Bündelholzes sah sie aber einen jungen Mann, der ein langes Küchenmesser brohend in der Hand hielt, sodas sie vor Schreck das Bündelholz ausgeben ließ. Sie hatte in dem nächtlichen Besucher einen ihrer Nachbarn, den 23jährigen Postbeamten Courrieres erkannt. Dieser junge Mann war in einem plötzlichen Tobsuchtsanfall in die Wohnung der Berbat eingedrungen. Hier stürzte er sich auf die Tote erschockene Frau und rief ihr das Messer in die linke Brust. Auf die Hilferufe der Frau eilte ihr Sohn herbei, gegen den sich der Wahnsinnige dann in seiner Wut lehrte; auch er erhielt einen Stich in die linke Brustseite. Die ebenfalls herbeigeeilte Tochter war über das sich ihr bietende Schauspiel so entsetzt, daß sie sich aus dem Fenster der im sechsten Stockwerk gelegenen Wohnung hinabstürzte. Sie wurde völlig verstümmelt aufgehoben und starb sofort nach der Ueberführung in das Hospital. Als man in die Wohnung der Berbat drang, hatte sich der Wahnsinnige geflüchtet; der Zustand der Frau Berbat und ihres Sohnes soll gleichfalls hoffnungslos sein. Courrieres, der nach der Wahnsinnigkeit in den Straßen herumirrte, wurde am frühen Morgen, als er in seine Wohnung zurückkehren wollte, ergriffen und in die Krankenabteilung des Depots gebracht.

Wand wieder zugewachsen, du hättest selber nicht gewußt, wie. Und wer weiß, was nicht noch kann werden, wenn du dich heizt befehlt! Drum gehst du heint noch herum und bist dem großen Weibern deine Unart ab. Die Salzwasser ist eine so herzensgute Frau, wenn sie nicht einer mit Gewalt reizt, wie du's hast gemacht. Her-nach.

Auf der Heiterethei Baden hatte schon während der ganzen Rede der Dotin ein weißer Druckfaden den andern gejagt; jetzt fiel sie jener ins Wort:

„Ich dächt auch, Sie hätten noch ein Fernachen oder zwei. Das geht nun in einem fort, und wer einmal den Mund voll nimmt, da kommt's auf ein oder zwei Fernachen nicht an. Ich sag Euch nur so viel: In meine Ohren geht nicht das Behntel 'sein, als in Euerm Mund.“

Die Wirtin legte die Brille wieder auf und sagte ruhig: „Das ist deine Sach'. Nach du, was du willst; hör oder hör nicht. Ich red, weil's meine Schuldigkeit ist, und es soll mir kein Mensch einmal nachsagen, ich hätt' meine Schuldigkeit nicht getan, und du selber nicht, wenn dich's einmal rent. Da mit dem Viehle, das war recht gut und schön, was du an der tust, wenn du kein arme Madle wärst, das genug für sich selber zu sorgen hat. Ich weiß, wem's ist, aber das wissen nicht alle Leut', und manchmal will einer nicht wissen, was er weiß. Und du denkst, du meinst's gut mit deiner Schwester, wenn du ihr die Raten abnimmt, die sie sich aufgebunden hat? wenn du ihr die Sorg' abnimmt, die sie vernünftig machen könnt, besser als deine Reden, damit sie so leichtsinnig fort kann machen, wie sie angefangen hat?“

Die Heiterethei hatte unwillkürlich das Viehle, das eben

vor ihr stand, mit beiden Armen umschlungen. Als die Dotin die Brille abnahm, wie um nicht zu sehen, was die Heiterethei auf ihre Reden sagen könnte, entgegnete diese mit leiserer Stimme, als gewöhnlich: „Ich red nicht gern davon.“ Und indem sie das Viehle auf ihren Schoß setzte, fuhr sie, mehr zu dieser, als zur Dotin gewandt, fort: „Es muß jeder seine Leut' kennen und muß wissen, ob das Viehle sie nicht noch schlimmer kann machen, statt besser; und wenn eine schlimm wird, ist's besser, sie wirf's allein, als daß sie noch ein anders mit schlimm macht. Welt, Viehle, wir bitten sie ab, wo uns die andern sollten abbiten, und auseinander bringt uns auch keiner, es müßt' denn der Totengraber sein. Und so ist's, und nu ist's fertig. Ihr habt mir auch noch gar nicht gesagt, Frau Dotin, was der Mann macht, den ich Euch hab mitgebracht vom Gänder Markt? Wä.'s nur ein lebendiger gewest, der hätt' Euch aufgefressen, statt Ihr ihn. Und eine rote Nase hätt' er nunmehr auch von Euerm Bier.“

„Ja,“ sagte die Wirtin, indem sie ihre Brille wiederum im Büchlein umschob, „lernt einen Wär tanzen, er fällt doch wieder auf seine alle Bier.“ Und wenn man denkt, du bist einmal vernünftig, da bist du geschwind mit deinen Fogen wieder dahinter her. So groß und stark du bist, so bist du doch nie als ein pures Kind. Ich hab dir gesagt: mach, was du willst; wenn du mir nicht sollst. Nicht, daß ich's mit den Weibern in der Stadt nicht möcht ver-dreben um beinewegen; wie wohl ich nicht wüß', warum ich das soll tun. Aber es soll auch nicht heißen, die Heiterethei hat sie in ihrem Trost befrückt. Und nun will ich auch einmal sagen: und so ist's, und nu ist's fertig. Behüt dich Gott!“

„Ja, wie Ihr's sagt, da Kingi's auch nach was!“ lachte

die Heiterethei. Sie sah die Dotin ungewiß, ob sie durch die Brille gehen sollte, oder durch die Thür. Es ist eigen, daß man gern wieder durch den Eingang fortgeht, durch den man hereingekommen ist. Hätte nicht unbewußterweise auch die Heiterethei diese Nötigung gefühlt, die Heiterethei wäre mit dem Türöffnen zu spät gekommen. Die Wirtin wartete darauf und schüttelte doch selber verwundert darüber den Kopf, und schüttelte ihn noch, als die Heiterethei sie nicht mehr sehen konnte.

Der Heiterethei war es nicht so ums Herz gewesen, als sie die Wirtin glauben macht, daß ihr wäre. Sie war vor dem Häuschen stehen geblieben, bis die Alte über die Straße ihres Weges hinweggehnt war, die sie durch eine Bude in den Weiden hindurch sehen konnte. Die Dotin war die einzige, von der sie noch Teilnahme und Hilfe erwarten durfte gegen die Not, die mit schnellerem Schritte dem Häuschen zufliehte, als die Alte sich davon entfernte. Mehr als einmal meinte sie, sie noch errufen zu müssen. Aber die Alte wäre auf ihrer Rede bestanden, und abbiten konnte sie nicht, wenn sie auch gewollt hätte.

Der Spott der am Abend auf der Heimkehr aus dem Feuen an ihrem Häuschen Vorbeikommenden hatte sie dann noch in ihrem Trost befrückt.

Waren das böje Nächte gewesen selbter für die Heiterethei, so zeigte sich die heutige um nichts besser. Die Not drohte näher, ihre Empfindlichkeit war gereizter als je. Sie war nie erbitterter auf die Menschen gewesen, die so unbillig mit ihr verfahren, und doch hatte sie nie dringender gefühlt, wie nötig sie dieselben hatte.

(Fortsetzung folgt.)